

### Das Echo der Kanzlerrede.

Mancher Hörer und Leser der Worte, die der Kanzler im Reichstage über die deutsche Balkan-Politik gesprochen hat, mag enttäuscht gewesen sein: man hatte mehr erwartet. Nach all den Unruhen der letzten Tage hoffte man auf eine ausführliche Erklärung über den Stand der Dinge, wollte man einen Blick hinter die Kulissen tun und vor allem wissen, ob denn die Krise, die seit nahezu drei Wochen schwer auf Europa lastet, endlich und endgültig vorüber sei.

Herr v. Bethmann Hollweg hat so hoch gespannte Erwartungen nicht erfüllt, er konnte sie nicht erfüllen, weil — wir eben noch inmitten der Krise sind, weil jeder Tag neue Schwierigkeiten bringen kann. Darum blühte sich der Reichskanzler nach bewährtem Diplomatenmuster, ein unbedingtes „Ja“ oder ein unwiderstehliches „Nein“ zu sagen. Dennoch dürfen die kurzen Kanzlerworte eine hohe sachliche Bedeutung für sich in Anspruch nehmen. Mit bemerkenswertem Nachdruck wiederholte sie zwischen den Zeilen die Versicherung der Friedensliebe; aber sie lassen auch nicht das Rückgrat vermissen, dessen gerade in solchen Krisentagen ein großes Reich nicht entbehren kann.

Während in Deutschland vielfach das zum Ausgangspunkt der Kritik genommen wird, was der Kanzler nicht gesagt hat, tragen die auswärtigen Organe der schwierigen Lage, in der sich der Kanzler befindet, durchaus Rechnung. Besonders in England begrüßt man die Ausführungen sehr sympathisch, ja ein Londoner Blatt meint, daß mit dieser Kanzlerrede die internationale Klärung beginnen müsse. Und ein andres Blatt erklärt: „Die hochwichtige Rede Bethmann Hollwegs reinigt die Luft, was Gerüchte und Angriffsbahnen des Dreibundes anbetrifft, und bestärkt die Meinungen, daß Berlin mit London zwecks friedlicher Beilegung der nach dem Kriege entstehenden Fragen zusammenarbeitet.“

Ähnlich urteilt man in Frankreich. Ein Diplomat, der den Dingen sehr nahe steht, sagte nach der Bekanntgabe der Kanzlerrede durch die Pariser Blätter zu einem Journalisten: „Seit dem Bestehen der beiden großen europäischen Staatengruppen, des Dreibundes und des Dreiverbundes, hat kein leitender Staatsmann die Bundesstreue und die sich aus ihr ergebenden Notwendigkeiten so vollständig und dabei mit so staatsmännischer Besonnenheit der Ausdrücke betont, wie der deutsche Reichskanzler. Wir in Frankreich nehmen mit Befriedigung zur Kenntnis, daß Deutschland fortwährend will, sich mit allem Eifer an den diplomatischen Bestrebungen zur Erhaltung des Weltfriedens zu beteiligen.“

Mit besonderer Gemutung ist die Rede des deutschen Reichskanzlers natürlich in Österreich-Ungarn aufgenommen worden. Entzieht sie doch urplötzlich gewissen Ansätzungen den Boden, die in den letzten Tagen in Wien Beunruhigung hervorgerufen hatten. Angeblich eingeweihte Berliner Blätter halten von einer tiefen Verstimmung zwischen Berlin und Wien geschrieben und orakeln, daß Österreich in seinen Maßnahmen gegen etwaige Übergriffe Serbiens weder auf Deutschland noch auf Italien werden zählen können. Wenn also irgendwo die Anschauung vertreten worden ist, daß man Österreich einschüchtern könne, weil der Dreibund als ein Friedensfaktor erweise, mit dem Europa rechnen muß. Das kurz und klar in erster Stunde zum Ausdruck gebracht zu haben, ist das unvergleichbare Verdienst Herrn v. Bethmann Hollwegs.

### Politische Rundschau.

#### Deutschland.

\* Kaiser Wilhelm hat den rumänischen Thronfolger Prinzen Ferdinand in Potsdam empfangen. Das diesem Besuche eine gewisse politische Bedeutung innewohnt, das geht schon daraus hervor, daß zu einem Frühstück in der

rumänischen Gesandtschaft, das dem Thronfolger zu Ehren veranstaltet wurde, auch der Staatssekretär des Äußeren von Riberlen-Wächter anwesend war.

\* Herr Heinrich von Preußen ist zu einem privaten Besuch in London eingetroffen. Angesichts dieser Reise des Prinzen, die man allgemein als eine politische Sendung auffaßt, gewinnen die Erklärungen des Staatssekretärs v. Riberlen-Wächter über die Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und England erhöhte Bedeutung.

\* Der Reichsetat für das Jahr 1913 hat eine Erhöhung des Fonds zur Gewährung von Veteranenbeihilfen um zwei Millionen vorsehen, um dem steigenden Bedürfnis nach Veteranenfürsorge zu entsprechen. Es wird auf diese Weise möglich sein, den Kreis der zu unterstützenden Veteranen nicht unwesentlich zu erweitern. Der Fonds wird damit im nächsten Jahre die Höhe von 31 Mill. Mk. erreichen. In den letzten Jahren sind die Aufwendungen zu Beihilfen an kriegsbedürftige Kriegsteilnehmer des Feldzuges von 1870/71 von rund zwanzig Millionen im Jahre 1908 auf 29 Millionen im Jahre 1912 angewachsen. Die Erhöhung des Fonds um zwei Millionen für das nächste Jahr ist aber nur als eine vorläufige Regelung anzusehen, da bekanntlich beabsichtigt ist, falls das Petroleum-Handelsmonopol zustande kommt und dem Reiche daraus Einnahmen zufließen, diese wenigstens zum Teil für eine Erweiterung der Veteranenfürsorge zu verwenden. Im Deutschen Reiche beläuft sich gegenwärtig die Zahl der Veteranen aus dem Kriege von 1870/71 auf mindestens 400 000.

\* Die dem Landtage von Neuh. L. zugegangene Wahlrechtsvorlage wird von der Regierung damit begründet, daß seit dem Inkrafttreten des Landtagswahlgesetzes vom 17. Januar 1871 in den Verhältnissen, die für dessen Ausarbeitung maßgebend waren, insofern ganz wesentliche Veränderungen eingetreten seien, als inwieweit die Einwohnerzahl des Staates und dementsprechend auch die Zahl der Landtagswähler eine erhebliche Steigerung erfahren und der Staat sich in immer wachsendem Maße zum Industriegebiete entwickelt habe. Die Folge sei, daß sich unter den zur Vornahme der allgemeinen Wahl berechtigten Wähler eine Zunahme der industriellen Arbeiter bemerkbar mache, die bei dem gegenwärtig herrschenden Wahlsystem, das jedem Wähler unterschiedslos ein gleiches Stimmrecht verleiht, allmählich dahin zu führen droht, daß die sozialdemokratische Partei das Übergewicht erlangt.

### Aus dem Reichstage.

Am Montag begann die erste Sitzung des Staats, die zunächst eine Aussprache über die äußere Politik brachte. Reichskanzler v. Bethmann Hollweg eröffnete die Verhandlung mit kurzen Erklärungen zur deutschen Balkanpolitik. Er betonte unter lebhaftem Beifall, daß wenn einer unserer Bundesgenossen von dritter Seite angegriffen würde, das Deutsche Reich getreu seiner Bundespflicht sei entschlossen an seine Seite zu treten. — Abg. Ledebour (soz.) war durch diese Auskunst nicht befriedigt. Als der Redner Angriffe gegen den russischen Jaren richtete, erhob sich Staatssekretär v. Riberlen-Wächter, um gegen diese Angriffe Verwahrung einzulegen. Zugleich widerlegte der Staatssekretär die Behauptung, daß die Beziehungen des Reiches zu England in den letzten Wochen außerordentlich herzlich gewesen seien. — Abg. Spahn (centr.) forderte Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Beziehungen des Reiches zu den Staaten des Balkanbundes wie zur Türkei. — Abg. Graf Kanig (kon.) und Abg. Wassermann (nat.-lib.) billigten die Politik des Reichskanzlers. — Abg. Schulz (Reichsp.) trat den beiden Vordemern bei.

Am Dienstag erledigte das Haus zunächst einige kurze Anfragen. Auf eine Anfrage betr. den Entwurf eines Theatersgesetzes erklärte Ministerdirektor von Jonquierres, daß die Grundzüge für ein solches Gesetz bereits ausgearbeitet sind, daß aber noch nicht der Zeitpunkt für die Einbringung des Gesetzes festgelegt werden könne. Auf eine andere Anfrage betr. den vielbesprochenen „Paritätsgesetz“ erklärte der Staatssekretär des Reichsjustizministeriums Dr. Visco, daß die verhandelnden Re-

gierungen bisher zu dieser Frage keine Stellung genommen haben.

Endlich wird die Anfrage, ob Maßregeln gegen die Einschleppung der Cholera getroffen sind, von einem Regierungsdirektor dahin beantwortet, daß besondere Maßregeln nicht notwendig erscheinen, da die geltenden sanitären Bestimmungen vollständig ausreichen.

Darauf wird die erste Sitzung des Staats fortgesetzt.

Abg. v. Baper (fortschritt. Sp.): Wir sind mit der auswärtigen Politik des Reichskanzlers einverstanden. Es liegt keine Last auf der, die auf ein Verlangen der Diplomatie deutet. Sie hat sich bemüht, den Frieden zu schließen und mehr können wir nicht verlangen. Die Erklärung des Abg. Ledebour, daß das Proletariat sich einem Kriege widersetzen wird, nehmen wir nicht ernst. Die Sorge um Weib und Kind ist ausschlaggebender als alle revolutionären Maßnahmen. Unser Bundesverhältnis zu Österreich ist eine Gewähr für den Frieden. Die Besserung unserer Beziehungen zu England ist erfreulich. Gewiß ist auf beiden Seiten gelündigt worden. Es ist notwendig, daß Deutschland alle guten Beziehungen pflegt, die seiner Volkswirtschaft nützlich sein können. Wir müssen auch unerschrocken anerkennen, daß den ausstehenden Balkanstaaten ihr Erfolg zu gönnen ist. Wenn unsere Regierung ihren Weg mit Festigkeit verfolgt, wird sie die Mehrheit des Volkes hinter sich haben.

Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Zimmermann: Auf die Anfrage, die gestern der Abg. Spahn an das Auswärtige Amt richtete, ob der spanisch-französische Maroffvertrag die deutschen Interessen verletzten, möchte ich erklären, daß dies nicht der Fall ist. Wir haben unsere Bedenken in Madrid und Paris zur Sprache gebracht und befriedigende Erklärungen erhalten.

Abg. v. Trapezynski (Wol): Neugierde befragt mich niemand ein gutes Ende. Das hat der Zusammenbruch der Türkei gezeigt. Als der Redner im Verlauf seiner Ausführungen erklärt, der Schwerpunkt der Schändlichkeit der preussischen Polenpolitik sei das Einseitigkeitsgesetz, erteilt ihm der Präsident einen Ordnungsruf.

Abg. Dabib (soz.): Auch wir sind für die Aufrechterhaltung des Dreibundes, für die Bündnispflichten. Aber das Bündnis ist ein Bündnis zur Verteidigung und bezweckt den Schutz gegen einen Angriff von Ausland. Geht ein Staat zum Angriff vor, dann fällt das Bündnis. Wenn Österreich Serbien angreift, dann sind wir zum Bündnis nicht verpflichtet, und das ist eine Sicherung gegen die österröische Kriegspartei. Aber auch die Geschäfte Auslands dürfen wir nicht führen. Das beste Mittel, den Frieden zu erhalten, ist Freundschaft zu England. Ein Bund zwischen Deutschland, England und Frankreich wäre ein Kulturbund. Das unerträgliche Verhalten muß zur Katastrophe führen. Dagegen protestieren wir. Es ist unwahr, daß der Krieg ein Bollwerk führt. Die Massen hören auf, willenlose Instrumente der Kriegslust zu sein. Das ist die Aufgabe der Massen nicht, willenslos in den Krieg hineinzugehen, sondern unser Verdienst.

Abg. Fähr zu Schweske (centr.): Das Auswärtige Amt kann mit dem Verlaufe der Debatte zufrieden sein. In dem Verlaufe, einen Krieg fernzuhalten, können alle Parteien und Rabinette mit den Sozialdemokraten überein. Aber einen Krieg mit der Revolution zu beantworten, bedeutet doch den Bürgerkrieg an seine Stelle setzen. Wir werden die Politik der Regierung immer unterstützen.

Abg. Ortel (kons.): Velder haben sich die Redner nicht so kurz gefaßt, als es nach außen erforderlich gewesen wäre. Besonders über den Dreibund ist viel zu viel geredet worden. Gewiß, wir sind nicht verpflichtet, alles mitzumachen, was die Dreibundstreue wollen, aber an dem Bündnisvertrage darf nicht gedankelt werden. Wir wünschen freundschaftliche, jedenfalls korrekte Beziehungen zu England, wobei das Vertrauen auf beiden Seiten vorhanden sein muß. Der ewige Friede ist ein Traum. Die Schiedsgerichtsbestimmungen haben uns nicht einen Schritt vorwärts gebracht. Der Krieg kann notwendig werden, wenn es die Ehre, Sicherheit und Zukunft eines Volkes verlangt. Deshalb können wir unsere Jugend nicht in der Friedendulei erziehen. Die Vögel hat leider in den letzten Kriegstagen gezeigt, daß sie der toden volkswirtschaftlichen Aufgabe, deren sie sich rühmt, nicht gewachsen ist.

Abg. Febr. v. Richtsofen (nat.-lib.): Beim jetzigen Konflikt stehen Lebensinteressen Österreichs auf dem Spiel. Käme es zum Krieg, so würde es sich um mehr handeln, als um einen verächtlichen Osten an der Adria. In erster Linie handelt es sich doch um die Förderung des heimischen nationalen Wohlfandes.

Abg. Gasse (soz.): Wir wünschen nicht zu schließen auf die Proletarier anderer Länder; das hat Scheidemann erklärt, das sagen wir alle. Wir wollen im Boll den Blicken gegen den Krieg er-

weden. Für Schweske fragte, ob wir einen Krieg Deutschlands durch eine Revolution verhindern wollen. Schon Döhlke hat gesagt, man kann eine Revolution machen, man kann nur eine Revolution durchbrechen lassen, die schon in den tatsächlichen Verhältnissen besteht. Revolutionen werden nicht von Führern gemacht, sie entstehen von selbst. Der Massenstreik ist als Mittel gegen den Krieg nicht geeignet.

Das Haus verlegt sich.

### Vom Kriegsschauplatz.

Obgleich auf dem Balkan augenblicklich Friedensverhandlungen im Gange sein sollen, tauchen doch immer wieder Nachrichten auf, die von einer Fortsetzung des Krieges mit großer Bestimmtheit sprechen. Demgegenüber muß auf die häufigen Erklärungen der bulgarischen und türkischen Regierung verwiesen werden, die in dem festen Willen übereinstimmen, der Waffenruhe möglichst bald den Friedensschluß folgen zu lassen. Noch ist man sich allerdings über einen der wichtigsten Punkte nicht einig: in welcher Form nämlich Adrianopel der Türkei verbleibt, ob als geschleifte Festung oder nur unter türkischer Oberhoheit, darüber gehen die Berichte auseinander. Bemerkenswert ist nur, daß bei den Verhandlungen im wesentlichen Bulgarien seinen eigenen Standpunkt in den Vordergrund stellt und bezüglich der andern Balkanstaaten sehr wenig Interesse zeigt. Auch tritt jetzt die Absicht Bulgariens, berechnete Empfindlichkeiten der Türkei möglichst zu schonen, deutlich hervor. Es liegt in der Natur der kommenden Verhältnisse, daß, wenn zukünftig in Europa die Türkei nur eine Grenzlinie, und zwar gegen Bulgarien, haben wird, der bulgarische Einfluß am Goldenen Horn zum herrschenden werden wird. Bulgarien sucht fernerweise sich jetzt schon darauf einzurichten. In vertraulichen Nachrichten aus Sofia besagen, daß zwischen der Türkei und Bulgarien Sonderverhandlungen stattfinden, die auf den Abschluß eines türkisch-bulgarischen Bündnisses abzielen.

Wenn diese Meldung auch sicher verläßt ist, so läßt sie doch auf einen günstigen Stand der Verhandlungen zwischen diesen beiden Gegnern schließen. Anders verhält es sich mit den andern drei Balkanstaaten. Griechenland erklärt die Waffenstillstandsbedingungen immer noch für unannehmbar und wünscht den Krieg wenigstens bis zum Fall der Festung Adrianopel fortzusetzen. Die Gemeinamkeit des Balkanbundes erklärt, so erklärte ein griechischer Diplomat, wenn Bulgarien, entgegen seinen Interessen und den schwer erzwungenen Vorteilen seiner Verbündeten einem solchen Waffenstillstand bestimmen sollte, einen Stoß. Adrianopel darf ebensowenig der Türkei verbleiben, als die ägäischen Inseln und der Landstrich zwischen Adrianopel und Thessalonika.

Griechen und Montenegro verlangen außerdem die Übergabe Sularis und Janinas. Auch die Serben stellen noch Sonderbedingungen. Es scheint aber, als ob Bulgarien der Bundesgenossenschaft, die zu weitgehende Verbesserungen stellt, recht mäßig sei. Dazu kommt wohl auch die Bestimmung, die Griechenlands alleiniger Anspruch auf Saloniki in Sofia hervorgerufen hat. Bulgarien behauptet, daß Saloniki ohne Hilfe des bulgarischen Heeres nicht in die Hände Griechenlands gefallen wäre, und beansprucht den Hafen für sich, oder die Erklärung zum Freihafe. Man sieht, die Verbündeten geraten sich bei der Verteilung der Beute in die Haare; und es ist nicht unmöglich, daß die Türkei, die seit je in der Diplomatie tüchtig war, wenn es galt, fremden Streit auszunutzen, aus den Blüten des Zankes der Bundesbrüder noch Honig laugt.

Zunächst haben Bulgarien, Serbien und Montenegro, da mit Griechenland eine Einigung nicht zu erzielen war, einen Waffenstillstand von unbeschränkter Dauer unterzeichnet. Damit dürfte der Krieg beendet sein. Daß Griechenland den Krieg allein fortsetzt, ist nicht glaubhaft; denn in Athen wird amtlich erklärt, daß die griechische Regierung trotz ihrer Weigerung, den Waffenstillstand zu unterzeichnen, die Friedenskonferenz, die nun sofort zusammentritt, beschleunigt wird. M. A. D.

### Der Sturm bricht los.

10) Historische Novelle von A. Lindner.

(Fortsetzung.)

Gräß legte seinen Degen auf den Tisch mit den Worten: „Ich bin dem Kriegsdreißig verfallen und bitte um meine Verhaftung!“

„Wenden Sie sich selbst, Gräß!“

Der Hauptmann wollte der Tür zu. Ein Wort des Freiherrn hielt ihn auf.

„Ein Wort noch!“ rief derselbe. „Morgen ist entweder der General ein pflichtgetreuer Soldat, Preußen verlieren und Sie mit ihm; oder Sie sind ein Verräter, Preußen gerettet und Sie sind Major!“ Gute Nacht, Gräß!“

Dieser blieb wie angewurzelt stehen und sah, staunend über diese Worte, bald York, bald Stein an, bis der erstere aufstehend sagte: „Ja, ja, es kann schon sein. Gehen Sie zur Gute Nacht, Gräß.“

Dieser verließ das Zimmer. Der General wendete sich mit furchtbarem Ernst an Kleist und sagte:

„Sorgen Sie, Major, daß der Freiherr vom Stein mit sicherem Geleit aus dem Lager kommt. Unsere Verhandlungen sind abgebrochen.“

„Sie sind es nicht!“ rief Stein energisch und hielt mit dem Blick seiner Augen den Major zurück. „Sie sind es weniger als je, sag' ich.“

Die Augen des Generals gewannen Feuer und der Jörn schien in ihm aufsteigen zu wollen. Lauter und energischer herrschte er dem Major zu:

„Kleist, machen Sie das Korps marschfertig und schicken Sie vorläufig Artillerie gegen den dritten Posten!“

Kleist sah ihn staunend an, als begriffe er nicht.

„Darf ich fragen, mein General —“

„Was fragen!“ fuhr York auf, „dnrchbrechen will ich.“

„Aber wohin?“ fragte Kleist, immer verblüfft.

„Nach Petersburg!“ donnerte York, daß der Major entsetzt zurückprallte.

Da schritt Stein zwei Schritt gegen den General vor und mischte das energische Metall seiner Stimme in den Dialog:

„Bestimmen Sie sich, General York! Ich bin kein schlechterer deutscher Mann als Sie selbst und verlange, daß Sie dem Könige von Preußen das Korps erhalten. Sie sind im Begriff, es Ihrer Verzeiwung auszuliefern.“

„Beweis!“ donnerte York abermals.

Stein schritt an den Tisch heran und zeigte auf dieselbe Karte, mit der York noch jüngst dem Oberst Ostarr die Flucht der großen Armee klar gemacht hatte.

„Hier steht Diebitzsch mit 30 000, hier steht Paluzzi mit 15 000 Mann. Gehen Sie die Lärme von Witau sehen, sind Sie von zwei Seiten zermalmt!“

York fixierte eine halbe Minute die verhängnisvolle Karte, dann wandte er sich, Schmerz und Verzeiwung in seinen Zügen, aber ruhig an den Major:

„Kleist, brechen wir auf nach Sacken, denn es ist, wie der Freiherr sagt. Mit den Kosaken

will ich schon fertig werden. Ich muß nach Tilsit; denn dahin wird Radowitz seinen Marsch dirigieren, und ich habe dafür zu sorgen, daß ich mit meinem Oberst-Kommandierenden in Verbindung bleibe.“

„Dann weiß ich noch einmal auf die Karte.“

Kleist zog die Karte. Radowitz ist aufgedruckt, wie Sie richtig vermutet haben, um dem Rückzuge des Kaisers die Flanke zu decken.“

„Woher wissen Sie das?“ fragte York scharf.

„Sie vergessen“, antwortete Stein, „daß Ihre Postenkette gesperrt ist. Wir fangen den Boten auf, der Ihnen den Befehl bringen sollte, Radowitzs Marsch auf Gumbinnen zu decken. Da ist das Schreiben.“

York nahm es, sah es flüchtig an, warf es auf den Tisch und sagte: „Weiter! Ich bin noch nicht überführt!“

„Da er Sie nicht findet, bleibt ihm nichts weiter übrig, als den Rückzug der großen Armee von hinten her zu schlagen und sich flüchtig zu dirigieren.“

„Jugeneben!“

„Sie sind aber nun genötigt, auf dem kürzesten Wege Königsberg aufzusuchen. Dazu haben Sie unter den gegenwärtigen Umständen 20 Tage nötig.“

„Kleist, Ihre Meinung?“

Dieser zuckte mit den Achseln und antwortete: „Es ist Winter, keine fahrbaren Wege, ausgehungerte Pferde!“

„Gehen Sie“, fiel Stein fortsetzend ein, „die Hälfte des Weges erreicht haben, ist die Hälfte Ihres Korps ausgerieben oder gefangen.“

Diebitzsch aber wird die Provinz Ostpreußen mit Beschlag belegt.“

Das war das Anferle, was dem General in seiner Lage geboten werden konnte. Seiner Verzweiflung nicht mehr Herr, riß er den Säbel aus der Scheide und schrie:

„Dann sag' ich Ihnen, daß die andre Hälfte genug ist, Ihren Diebitzsch bis an die Düna zurückzuwerfen, ehe er einen Fuß preussischen Bodens betreten darf. Stein, Stein! Bringen Sie uns nicht in Verzweiflung! Sie kennen ja Menschen auch und wissen, was Verzweiflung in einem deutschen Soldaten anrichtet.“

Stein nickte ihm, wie es schien, befriedigt, aber ernsten Blickes, mit dem Kopfe zu.

„O York, so wahr ein Gott noch über dem deutschen Lande lebt, ich hoffe diese Verzweiflung noch zu erleben. Ich hoff —“

Stein unterbrach sich laufend. Die Gasse des Dorfes hallte wider von Trompetensignalen und fernem Geschrei zusammenlaufender Soldaten. Die Düne kamen näher, und dicht hinter dem schweißbedeckten Kopfe eines voraus-eilenden Stabskommandeurs jagte ein Offizier her, der hie und da flüchtig einen Offizier oder eine Soldatengruppe mit der Hand grüßte. Noch einmal erlöste dicht vor dem Hauptquartier das Signal, dann warf sich der so gemeldete Kurier aus dem Sattel und betrat den Krug, um den General anzufinden.

Der Offizier, der die Treppe hinaufstieg, bemerkte rasch um die dastehende Wache gar nicht, er trat ohne weitere Meldung ins Zimmer und konnte also nur von einer Stelle der Welt kommen: vom König selbst.